

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 08.06.2017, Seite 3 / Schwerpunkt

Von Knut Mellenthin

09.06.2017

Stillschweigende Anerkennung

Die Parlamente der USA und Israels feiern gemeinsam die Eroberung Ostjerusalems vor 50 Jahren



Israels Präsident Reuven Rivlin empfängt am 7. Juni in Jerusalem Nikki Haley, US-Botschafterin bei der UNO

Foto: Debbie Hill/REUTERS

Die Botschafterin der USA bei der UNO, Nikki Haley, hält sich seit Mittwoch morgen zu einem dreitägigen Besuch in Israel auf. Das Datum ihrer Ankunft war offenbar bewusst gewählt: Die jüdische Bevölkerung des Landes feierte am 7. Juni den 50. Jahrestag der

Eroberung Ostjerusalems im Sechstagekrieg. Dort bezeichnet man den militärischen Vorgang allerdings als »Befreiung« und als »Wiedervereinigung unserer ewigen Hauptstadt«. Die USA haben wie nahezu alle Staaten der Welt die Annexion Ostjerusalems bis heute nicht offiziell anerkannt. Aber das ist Haley egal. Vor wenigen Wochen verkündete sie öffentlich, sie kenne zwar die Meinung ihrer Regierung zu diesem Thema nicht, aber für sie gehöre die arabische Altstadt Jerusalems selbstverständlich zu Israel, und das sei ihrem Verständnis nach auch die Haltung der USA schon seit 1967 gewesen.

Die frühere Gouverneurin von South Carolina braucht nicht unbedingt direkte Anweisungen aus dem Außenministerium oder gar aus dem Weißen Haus, um ihre meist betont aggressiv vorgetragenen Positionen zu definieren. Uneingeschränkte Solidarität mit dem zionistischen Staat steht dabei an erster Stelle. Sie werde kraft des Vetorechts der USA jede israelkritische Resolution im UN-Sicherheitsrat verhindern, versprach sie bei Amtsantritt. Ihr israelischer Kollege Danny Danon, der sein Land bei der UNO vertritt, lobte Haley deswegen am Mittwoch, sie bringe »moralische Klarheit und ein eindeutiges Gerechtigkeitsgefühl« in die internationale Gemeinschaft. Sie sei »ein Vorbild für Führungskräfte in der ganzen Welt« und zeige, »was erreicht werden kann, wenn die einfache Wahrheit uns als Leitstern dient«, schrieb der Diplomat weiter in einem Gastbeitrag für die *Jerusalem Post*.

Am Tag vor ihrer Israel-Reise hatte Haley in Genf an der Eröffnung einer dreiwöchigen Sitzungsperiode des UN-Menschenrechtsrates (UNHCR) teilgenommen. In ihrer Rede kritisierte sie wieder einmal die »Voreingenommenheit« des Gremiums gegenüber Israel und stellte die weitere Mitgliedschaft der USA in Frage. Zugleich verlangte sie »möglichst starke Resolutionen« zur Lage in Syrien, der Demokratischen Republik Kongo, Eritrea, Belarus, der Ukraine und Venezuela. Den Vertreter des südamerikanischen Landes forderte sie auf, seinen Sitz im 47 Mitglieder umfassenden Menschenrechtsrat aufzugeben. Sie schwieg aber ganz im Sinn ihres Präsidenten zu Saudi-Arabien, dessen Wiederwahl in das Gremium im vorigen Jahr heftige Proteste internationaler Menschenrechtsorganisationen ausgelöst hatte.

Der gestrige Jahrestag der gewaltsamen »Wiedervereinigung« Jerusalems brachte eine Premiere von hoher Symbolkraft und politischer Wirkung: Zum ersten Mal feierten die Knesset und die beiden Häuser des US-Kongresses gemeinsam, live miteinander verbunden durch eine Videoschaltung. Im israelischen Parlament wurden Reden von Premierminister Benjamin Netanjahu und Knesset-Sprecher Juli-Joel Edelstein erwartet.

In der Kongresssitzung sollte neben dem Sprecher des Abgeordnetenhauses Paul Ryan auch Vizepräsident Michael Pence auftreten. Sogar eine Rede von US-Präsident Donald Trump wurde nicht ausgeschlossen. Die gemeinsamen israelisch-amerikanischen Feierlichkeiten fanden erst nach jW-Redaktionsschluss statt.

Israelische Medien interpretierten das außergewöhnliche Ereignis vorab als »stillschweigende Anerkennung« des »ungeteilten Jerusalems« als Hauptstadt Israels durch die US-Regierung. Trump hatte vor einer Woche hochfliegende Erwartungen enttäuscht, als er am 1. Juni eine Entscheidung über die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem aufschob. Während seines Wahlkampfs hatte er den Umzug mehrmals ohne Einschränkungen fest versprochen. Das Thema berührt deshalb seine grundsätzliche Glaubwürdigkeit, auf die der exzentrische Milliardär großen Wert legt. Jüngste Umfragen zeigen aber, dass seine Beliebtheit in Israel nicht darunter gelitten hat, sondern seit seinem Besuch am 22. und 23. Mai sogar leicht gestiegen ist. Mit deutlicher Mehrheit vertraut man anscheinend der Aussage aus dem Weißen Haus, die Frage sei nicht, ob der Umzug stattfindet, sondern nur der Zeitpunkt.

Der Kongress hatte die US-Regierung schon am 23. Oktober 1995 mit großer Mehrheit aufgefordert, das »ungeteilte« Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen und bis zum 31. Mai 1999 die Botschaft dorthin zu verlegen. Die Abstimmungen erfolgten im Senat mit 93 gegen fünf Stimmen und im Abgeordnetenhaus mit 374 gegen 37.

Das Gesetz, der Jerusalem Embassy Act of 1995, enthält aber – wie die meisten Kongressbeschlüsse zur Außenpolitik – eine Ausnahmeregelung, die es dem Präsidenten gestattet, die Umsetzung zu unterlassen, wenn er angibt und begründet, dass dieser Schritt notwendig sei, »um die nationalen Sicherheitsinteressen der USA zu schützen«. Die entsprechende Erklärung muss alle sechs Monate erneuert werden. Trump muss sich also spätestens bis zum 1. Dezember entscheiden, ob er den Umzug weiter hinauszögern will.

Mit der Wahl Trumps zum US-Präsidenten am 8. November 2016 und seinem Amtsantritt am 20. Januar hat in Israel die Stimmung enorm zugenommen, bei der Behandlung der seit 50 Jahren besetzten Palästinensergebiete keine außenpolitischen Rücksichten mehr nehmen zu müssen. Die damit verbundenen Gefahren veranlassten Netanjahu bereits mehrmals zu öffentlichen Ermahnungen, dass man nicht so tun dürfe, als hätte man von Trump einen »Blankoscheck« erhalten.

Das hinderte den Regierungschef indes nicht, am Dienstag bei einer Gedenkzeremonie für den Junikrieg 1967 zu erklären, dass Israel entschlossen sei, »in allen Teilen von Judäa

und Samaria« – das ist die amtliche Bezeichnung für das besetzte Westjordanland – innerhalb und außerhalb bestehender Siedlungen zu bauen.